

## **Kanzler muss liefern – Zinsverbilligte KfW-Kredite sind nötig**

Das Wohnungsdefizit ist um weitere 100.000 Wohnungen auf über 800.000 Wohnungen angestiegen. Es fehlen fast ausschließlich bezahlbare Wohnungen und Sozialwohnungen. Auf dieses Segment sind nicht nur Empfänger von Transferleistungen angewiesen, sondern alle Haushalte mit niedrigen Einkommen.

In der Konsequenz führt ein Mangel an bezahlbaren Wohnungen dazu, die Subjektförderung – also das Wohngeld und die staatlichen Ausgaben für die Kosten der Unterkunft – laufend zu erhöhen. Zum Glück gibt es ein staatliches Netz der Unterstützung beim Wohnen. Aber: Wohngeld und Kosten der Unterkunft schaffen keine Wohnungen.

Statt das serielle Bauen und Digitalisierungsstrategien gebetsmühlenartig in den Fokus der Wohnungsbaudebatte zu rücken, müssen Bauministerin, Finanzminister, Wirtschaftsminister und auch der Bundeskanzler endlich eine pragmatische Wohnungsbaupolitik liefern: Es geht darum, genehmigte, aber nicht begonnene Projekte im Bauüberhang für den Markt zur Verfügung zu stellen. Es kann nicht sein, dass Förderungen gestrichen und dass das Niveau bei den Anforderungen im Wohnungsbau ständig erhöht wird. Es kann nicht sein, dass Projektentwickler mit einer Ankündigungspolitik getäuscht werden.

Die Baubranche braucht kurzfristig zinsverbilligte Darlehen. Die müssen – unabhängig von der Haushaltslage des Bundes – verlässlich von der KfW vergeben werden: Die KfW muss zur Niedrigzins-Kredit-Bank für den Wohnungsbau werden. Nur damit lässt sich verhindern, dass die Branche dringend notwendig gebrauchte Kapazitäten in Produktion und bei Arbeitskräften abbaut.

**Katharina Metzger | Präsidentin**

Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel (BDB)